

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2077/2024**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 13.05.2024

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Dominik Erb, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts-, Digitalisierungs- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

**Aussetzung der Städtepartnerschaft mit San Juan del Sur (Nicaragua)
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.05.2024 -**

Antrag:

„Die Städtepartnerschaft mit San Juan del Sur in Nicaragua wird solange ausgesetzt, bis die nicaraguanische Regierung Ihre Klage vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Deutschland wegen angeblicher Beihilfe zum Völkermord endgültig zurückgezogen hat.“

Begründung:

Ausgerechnet das sandinistische Terrorregime des Diktators Ortega hat sich erdreistet, das seiner Staatsräsion nachkommende demokratische Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen seiner Rüstungsexporte nach Israel der Beihilfe zum Völkermord zu bezichtigen.

Ein entsprechender Eilantrag Nicaraguas wurde zwar vom Gericht in Den Haag abgewiesen; das Hauptsacheverfahren kann sich aber über mehrere Jahre hinziehen, falls keine Zurücknahme der Klage erfolgt.

Durch die unberechtigte Klage Nicaraguas sind die Beziehungen mit diesem Land, das unter seinem sandinistischen Diktator Ortega bereits Hunderte von unbewaffneten Menschen, die für Freiheit und Demokratie eingetreten sind, umgebracht hat, auf das Äußerste belastet.

Unter diesen Umständen ist eine Fortführung der Städtepartnerschaft mit San Juan del Sur, deren sandinistische Bürgermeisterin Mayra Solis Briceno sich bereits als willfährige Erfüllungsgehilfin des Terrorregimes erwiesen hat, undenkbar.

Vielleicht kann das Aussetzen dieser Partnerschaft einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass das sandinistische Regime nicht nur die unsägliche Klage fallen lässt, sondern auch den Weg frei macht für allgemeine und freie Wahlen in dem geschundenen mittelamerikanischen Land.

Dominik Erb
Fraktionsvorsitzender